

Stellungnahme des VBE NRW

zum Bericht „Handlungsfelder für die Schulpolitik in NRW im Kontext der Shell Jugendstudie 2024“ (Vorlage 18/3140)

Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 4. Februar 2025

Sehr geehrter Herr Kuper,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Schule und Bildung,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum oben genannten Bericht danken wir Ihnen und nehmen diese gerne wahr.

Der VBE NRW begrüßt, dass seitens der Landesregierung ein Bericht zur 19. Shell Jugendstudie vorgelegt worden ist. Die Erkenntnisse zu den Einstellungen, Werten, Gewohnheiten und zum Sozialverhalten von 12- bis 25-Jährigen bieten wertvolle Aspekte für die Gestaltung der Bildungs- und Schulpolitik.

Der VBE NRW äußert sich im Folgenden zu ausgewählten Darlegungen der Landesregierung innerhalb des vorgelegten Berichts.

Demokratieförderung und politische Bildung

Dass (rechts-)extreme Tendenzen insgesamt immer weiter Einzug in die Mitte der Gesellschaft halten¹ und lediglich ein Drittel der in Deutschland lebenden jungen Menschen gemäß der Shell Jugendstudie eine besondere Verantwortung gegenüber Israel wahrnimmt, beobachtet der VBE NRW mit großer Sorge. Die Landesregierung hat die dringende Notwendigkeit zur Stärkung der Demokratiebildung erkannt und verschiedene sinnvolle Maßnahmen auf den Weg gebracht, um das Thema „Demokratie“ stärker in den Schulen zu verankern. Im Vordergrund muss stehen, junge Personen aufzuklären und zu sensibilisieren, sodass antidemokratische Einstellungen, Rassismus und Antisemitismus keinen fruchtbaren Boden finden. Vielmehr gilt es, auch in Schule zu vermitteln, dass Demokratie nicht selbstgegeben ist, sondern in der Verantwortung der gesamten demokratischen Gesellschaft – und damit in der Verantwortung jeder einzelnen Person – liegt.

Für eine in diesem Sinne gelingende Demokratiebildung sind Lehrkräfte zu stärken und mitunter auch zu schützen. Der VBE NRW lehnt etwa die kolportierte Erzählung vehement ab, dass der Beutelsbacher Konsens ein Neutralitätsgebot im Sinne eines Verbotes für Lehrkräfte vorschreibe, sich im professionellen Kontext politisch zu äußern. Diese Interpretation des

¹ Siehe etwa Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Dietz. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> [24.01.2025]

Kontroversitätsgebotes steht nämlich im Widerspruch nicht nur zum Beutelsbacher Konsens selbst, sondern auch zum grundlegenden Bildungs- und Erziehungsauftrag von Kita und Schule.

So heißt es bspw. im nordrhein-westfälischen Schulgesetz: „Die Schule unterrichtet und erzieht junge Menschen auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Landesverfassung“ (§ 2, Absatz 1), und einen Absatz später steht geschrieben: „Die Jugend soll erzogen werden im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, [...]“ (§ 2, Absatz 2). Dieser Passus bildet eine wertvolle Leitplanke für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen.

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur verbindlichen Woche der Demokratie vom 11.04.2024 festgestellt haben, erleben wir seitens der Kolleginnen und Kollegen eine hohe Bereitschaft, demokratiefördernde Maßnahmen und Projekte zu realisieren.² Es fehlen allerdings die förderlichen Rahmenbedingungen, vor allem Zeitressourcen.

Gleichermaßen müssen die Partizipationsmöglichkeiten für alle Schülerinnen und Schüler in allen Schulstufen ausgebaut werden, um Demokratie als lebendigen Teil einer Schulkultur zu etablieren (etwa über festgelegte Stunden für die Arbeit in Schülerparlamenten, für Tätigkeiten im Klassenrat oder in Schülervertretungen). Demokratiebildung benötigt eine systemische Umsetzung, wenn das Denken und Handeln für die freiheitlich demokratische Grundordnung und die Menschenwürde als Basis der von allen Beteiligten getragenen Unterrichts- und Schulkultur fungieren sollen.

Hierzu benötigen die Beschäftigten eine hinreichende Ausstattung (insb. Materialien, Räume) sowie vielfältige Fort- und Weiterbildungsangebote, in deren Fokus u. a. Fragen zur institutionellen Entwicklung demokratischer Strukturen und Unterstützungsmöglichkeiten im Umgang mit Diskriminierung und Bedrohung stehen sollten. Lehrkräfte benötigen außerdem Schulungen für den Umgang mit der Verbreitung von (rechts-)extremistischen Inhalten über die sozialen Medien, hier insbesondere über TikTok.

Medienkompetenz und Künstliche Intelligenz

Gerade im Hinblick auf die neuen Medien hält der VBE NRW die im Bericht der Landesregierung vorgestellten Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz sowie zum Umgang mit KI für zielführend, wenn auch für nicht ausreichend.

Wir zeigen uns vor allem überrascht darüber, dass der DigitalPakt keine Erwähnung findet, denn der DigitalPakt 1.0 hat in den Schulen einen großen An Schub zum digitalen Lernen bewirkt. Die seitens des Bundes und der Länder geplanten Gelder für den DigitalPakt 2.0 werden allerdings für die Bedarfe in den Schulen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausreichen, um die Bedarfe zu decken. Wie die VBE-Schulleitungsumfrage 2024 gezeigt hat, ist die digitale Ausstattung in NRW sogar leicht rückläufig, während in den vorherigen Jahren ein deutlicher Sprung hin zu einer besseren Ausstattung zu verzeichnen war.³

Es existieren immer noch zu viele Schulen in NRW, die weder über eine stabile Internetverbindung noch über eine ausreichende Anzahl an digitalen Endgeräten für alle Beschäftigten und für alle Lernenden verfügen. Sieben Prozent der Schulen haben keinerlei Klassensätze an digitalen Endgeräten – das sind über 330 Schulen in Nordrhein-Westfalen (ebd.).

Diese Situation muss das Land NRW zeitnah beheben, um die Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern fördern zu können.

² Stellungnahme des VBE NRW zum Antrag der Fraktion der SPD: Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten (Drucksache 18/7196). Anhörung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Schule und Bildung am 18.04.2024. Verfügbar unter: <https://www.landtag.nrw.de/portals/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-1411.pdf> [27.01.2025]

³ <https://vbe-nrw.de/presse/pressemitteilungen/2024/forsa-schulleitungsumfrage-2024/> [24.01.2025]

Gleichermaßen ist die Landesregierung gefordert, Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen für das schulische Personal auszubauen. Hierzu zählen Fortbildungen für einen professionellen Einsatz von KI-gestützten Lehr- und Lernsystemen ebenso wie Angebote zum Umgang mit den Auswirkungen der sozialen Medien auf Schülerinnen und Schüler. Schulen benötigen außerdem dringend mehr Stellen für IT-Administration, die im Sinne einer tatsächlichen Entlastung aber nicht auf den Stellenbedarf für Lehrkräfte einer Schule angerechnet werden dürfen. Schulen, die mit der technischen Entwicklung nicht Schritt halten, drohen den Anschluss an ihre Schülerinnen und Schüler zu verlieren.

Eine hervorgehobene Rolle spielt die Vermittlung von Kompetenzen dahingehend, dass junge Menschen Fake News und KI-generierte Nachrichten im Sinne einer hohen Reflexionsfähigkeit erkennen und einordnen können. Es steht in diesem Zusammenhang außer Frage, dass Medienkompetenz und der Umgang mit den sozialen Medien aber nicht allein technikbezogene Aspekte umfasst. Denn um im digitalen Zeitalter, und an dieser Stelle schließt sich der Kreis zur Frage der Demokratiebildung, Verantwortung für sich und ihre Umwelt übernehmen zu können, müssen Lernende in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt werden.

Dies ist letztlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein durch Schule erfüllt werden kann, hier geht es um die bereits oben betonte Verantwortung jedes einzelnen Menschen in einer Demokratie.

Für die Förderung des Selbstvertrauens, der Selbstwirksamkeit sowie der Empathie fehlt den Beschäftigten in Schule allerdings die bereits oben angesprochene, wichtigste Ressource: Zeit. Zeit, um die Sorgen und Ängste der Kinder und Jugendlichen zu hören, Zeit für individuelle Unterstützung, Zeit für Beziehungsarbeit. Die wenige verfügbare Zeit gilt es dringend auszubauen und professionell durch qualifizierte Kolleginnen und Kollegen zu gestalten. Für starke Bildung und starke Menschen in einer starken demokratischen Gesellschaft.

Dortmund, 30.01.2025

Stefan Behlau
Landesvorsitzender VBE NRW

Anne Deimel
Landesvorsitzende VBE NRW



Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband NRW e.V.
Westfalendamm 247
44141 Dortmund